

# Die Schulen

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Argovia : Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau**

Band (Jahr): **101 (1989)**

PDF erstellt am: **30.06.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## V. Die Schulen

### 1. Die Gemeindeschule

In Muri bestand seit Jahrhunderten die Kloster- oder Lateinschule, deren Aufgabe es war, den Nachwuchs an Mönchen für das Kloster heranzubilden und in der früher die Söhne des regionalen niederen Adels und der reichen Bauern unterrichtet wurden. So blieb es jahrhundertlang. Immerhin war die Pfarrgemeinde Muri in der beneidenswerten Lage, schon ab 1735 eine eigene Schule führen zu können, die sogenannte Amtsschule, deren Errichtung auf das zweite Testament des frommen Barbiers und Chirurgen Bonaventura Suter aus DorfMuri zurückgeht<sup>1</sup>.

Ab 1798 förderte die helvetische Regierung das Schulwesen, man stellte es im ganzen Lande unter staatliche Aufsicht. Die Amtsschule in Muri zählte in der Helvetik ungefähr 80–90 Kinder, das war etwa ein Drittel der schulfähigen Jugend in der Pfarrei. Ihr Fleiss soll ziemlich schlecht gewesen sein, der Fortgang in der Schule und die Sitten wurden als mittelmässig beurteilt. Um allen Schülern des Amtes den Schulbesuch zu ermöglichen, wäre es nötig gewesen, zwei weitere Schulen zu errichten, die eine im Tal (Aristau) und die andere auf dem Berg (Buttwil). Eine Kommission machte den Vorschlag, zwei Mönche des Klosters sollten zwei jungen Leuten, die zum Lehrerberuf taugten, den notwendigen Unterricht erteilen, damit diese die neuen Schulen übernehmen konnten. Die Kommission erhielt darauf vom Erziehungsrat des Kantons Baden den Auftrag, «um geräumige Stuben» in Aristau und Buttwil zu sorgen<sup>2</sup>. Erst als der Regierungsstatthalter des Kantons Baden selbst eingriff und «die Gemeinden der Pfarr Muri mit gesetzlicher Gewalt dahin anhielt, ohngesäumt die zwei Schulen in Buttwil und Aristau zu errichten», kam die Angelegenheit in Fluss. Pater Anselm Hediger, Pfarrer in Bünzen, der als staatlicher Schulinspektor mithalf, 1802 die Generaltabelle für das Schulwesen im Distrikt Muri zu erstellen, konnte am Ende seines Berichtes schreiben: «Die Kirchgemeinde Muri, die bei 200 schulfähige Kinder zählt und bis dahin nur eine Schule hatte, hat endlich auf dringende Vorstellung noch zwei Nebenschulen errichtet»<sup>3</sup>.

Nach der Helvetik war es für den jungen, 1803 gegründeten Kanton Aargau selbstverständlich, dass er den durch das helvetische Direktorium eingeführten Schulzwang sanktionierte. Der Unterricht zerfiel damals in eine Winter- und Sommerschule. Die Winterschule begann mit Martini und dauerte bis Mariä Verkündigung (25. März). Die Sommerschule sollte alle

Tage oder wenigstens zwei Tage pro Woche gehalten werden, mit Ausnahme der Ernte- und Herbstzeit. Während früher auch in Muri, wie an den meisten andern Orten, zumeist nur im Winter Schule gehalten wurde, sollte ab 1805 in der «Schule in der Mitte des Amtes», d.h. im Wey, auch im Sommer unterrichtet werden. Jedes Schulkind musste dem Schulmeister pro Woche 3 Batzen bezahlen<sup>4</sup>.

Gemäss Erlass des Kantonsschulrates vom 27. August 1804 sollte die Schülerzahl einer Schule auf die Dauer 80 Kinder nicht übersteigen. Da diese Zahl in Muri schon längst überschritten war, liess jener den Bezirksschulrat 1814 wissen, dass in Muri sofort die Errichtung einer zweiten Abteilung an die Hand genommen werden müsse. Wey unternahm alle Anstrengungen, diese Abteilung zu erhalten. Das alte Amtsschulhaus taxierte man allerdings als «baulos», zur Aufnahme einer neuen Abteilung hätte es mit grossen Kosten repariert werden müssen. Man trug sich mit dem Gedanken, das alte Schulhaus abzureissen und an seiner Stelle ein neues und grösseres zu bauen, denn man wollte mit der neuen Abteilung auch eine Sekundarschule errichten, wozu es aber vorläufig nicht kam<sup>5</sup>. Die zweite Abteilung kam trotz des Widerstandes der Weyer und Egger ins Dorf Muri. Am 30. Oktober 1819 gab Bernhard Joseph Stierli auf Ansuchen der Ortsbürgergemeinde Dorf Muri «seine Stube im alten Haus» frei, damit darin Schule gehalten werden konnte. Für die Errichtung der neuen Abteilung im Dorf war auch ausschlaggebend, dass viele Kinder arm und bedürftig waren, man konnte sie bei «roher Winterzeit» unmöglich nach Wey schicken. Es ist «leider nur zu wahr, dass bis anhin viele unserer Kinder teils eben aus Dürftigkeit und Mangel erforderlicher Kleidung nur selten den Schulunterricht geniessen konnten»<sup>6</sup>. Mit Martini 1819 begann die neue Schule im Dorf, für die Winterschule 1819/20 wurden 129 Schüler aufgenommen, die Goar Leonz Frey unterrichtete. Da Stierli nach drei Jahren das Schullokal kündigte und kein neues zur Verfügung stand, wurde die Schulabteilung aufgehoben und am 2. Dezember 1822 mit derjenigen im Wey vereinigt.

Erst 1826 bauten die Bürger im Dorf ein eigenes Schulhaus, in welches die 1822 aufgehobene Schule wieder einquartiert wurde<sup>7</sup>. Der Staat leistete einen Unterstützungsbeitrag von 300 Fr.<sup>8</sup>. 1839 war die Zahl der schulpflichtigen Kinder im Dorf dermassen angestiegen, dass die Ortschaft aufgefordert wurde, eine zweite Schule einzurichten und zu diesem Zwecke ein Zimmer im bereits bestehenden Schulhaus herzustellen und das Mobiliar anzuschaffen. Es geschah eine Zeitlang nichts, der Bezirksschulrat reklamierte sogar, das obere Stockwerk des Schulhauses werde zu Fabrikzwecken (Strohindustrie) benützt. Im März 1840 erklärte sich Dorf Muri bereit, die

geforderte Abteilung zu führen<sup>9</sup>. Fridolin Stöckli aus dem Dorf wurde als Lehrer für die Unterschule gewählt.

1824 hatte der Gemeinderat die vier Ortsbürgergemeinden aufgefordert, sich zu erklären, ob sie einverstanden seien, das Schulhaus im Wey drei Stockwerke neu aufzuführen. Bei dem «Dörfligeist» in Muri durfte der Gemeinderat aber nicht mit einer allgemeinen Zustimmung rechnen. Egg und Türmelen erklärten, sie hätten einstimmig beschlossen, eine eigene Schule einzurichten und ein eigenes Schulhaus zu bauen. Tatsächlich begannen die Egger am 22. November 1824 mit 56 Kindern ihre erste Winterschule. Im gleichen Jahr errichteten sie auch ein neues Schulhaus, das auf 2126 Fr. zu stehen kam<sup>10</sup>.

Das alte Schulhaus im Wey war langsam baufällig geworden, deshalb ermahnte 1829 der Bezirksschulrat die Gemeinde, «für baldige Herstellung einer geräumigen, lichthellen und geeigneten Schulstube zu sorgen». Erst als das Kloster 1834 der Gemeinde unentgeltlich einen «schicklichen Platz» für ein Schulhaus abtrat, bauten die Weyer ein neues, zwei Stockwerke hohes Schulhaus, für das die Schuldenlast im Januar 1837 Fr. 3614.44 betrug<sup>11</sup>.

Wo standen diese ersten Schulhäuser?<sup>12</sup> Das erste Schulhaus, das Amtsschulhaus, das 1734 von Schreinermeister Niklaus Wolf, dem Grossvater des Alpenmalers Caspar Wolf, erworben worden war, soll am Ort des heutigen Verkaufsladens der Gärtnerei Etterlin (Haus Ziswyler) an der Vorderweystrasse gestanden haben. Das zweite Schulhaus im Wey, 1834 errichtet, steht in umgebauter Form heute noch. Es liegt an der Badweiherstrasse nördlich des Schulhauses Badweiher und trägt die Nummer 56. Die 1824 eröffnete Egger Schule steht nicht mehr, das Häuschen wurde vor einigen Jahren abgebrochen. Es stand östlich des Gasthofes Freyhof, vor der ebenfalls verschwundenen Zimmerei Wipf. Neu hergestellt präsentiert sich heute noch das ehemalige Schulhaus von Dorfhuri an der Kreuzstrasse 5, in der Nähe des Doppelkreuzes. Nachdem es als Schule ausgedient hatte, war es eine Zeitlang Armenhaus.

Ein übles Kapitel im 19. Jahrhundert war die Besoldung der Lehrer. Immer wieder waren die Kassen leer, immer wieder mussten die Schulmeister mit allen Mitteln versuchen, zu ihrem gerechten Lohn zu kommen. Schon in der Helvetik fing es an, als der damals amtierende Schulmeister Pirmin Küchler monatelang auf seine Besoldung warten musste. Sogar der Ortspfarrer musste sich für ihn einsetzen, und er schrieb Minister Stapfer, dem helvetischen Erziehungsminister, Küchler sei ein Mensch von «gutem moralischem Charakter», habe aber schon lange keine Besoldung erhalten. Seine Last sei gross, da die Pfarrgemeinde weitläufig und volkreich sei.

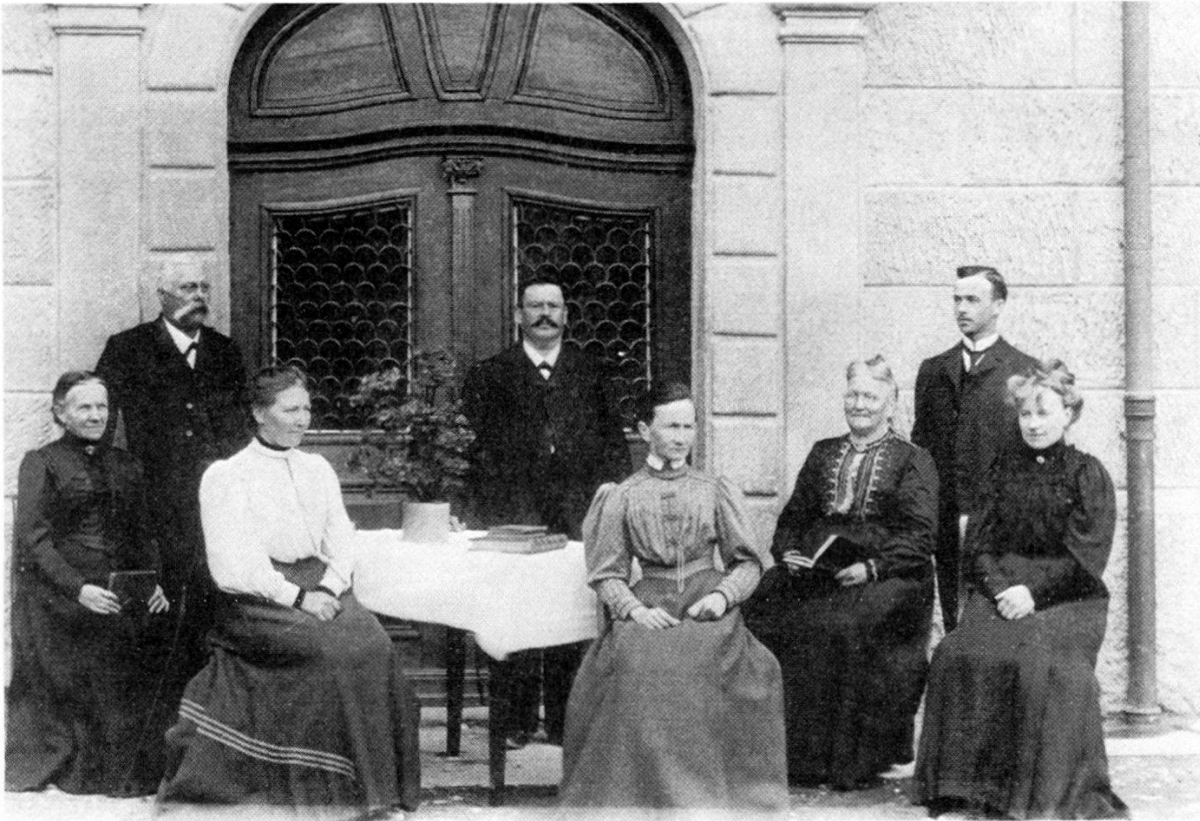




*Zweites Schulhaus in Muri-Wey an der Badweiherstrasse*



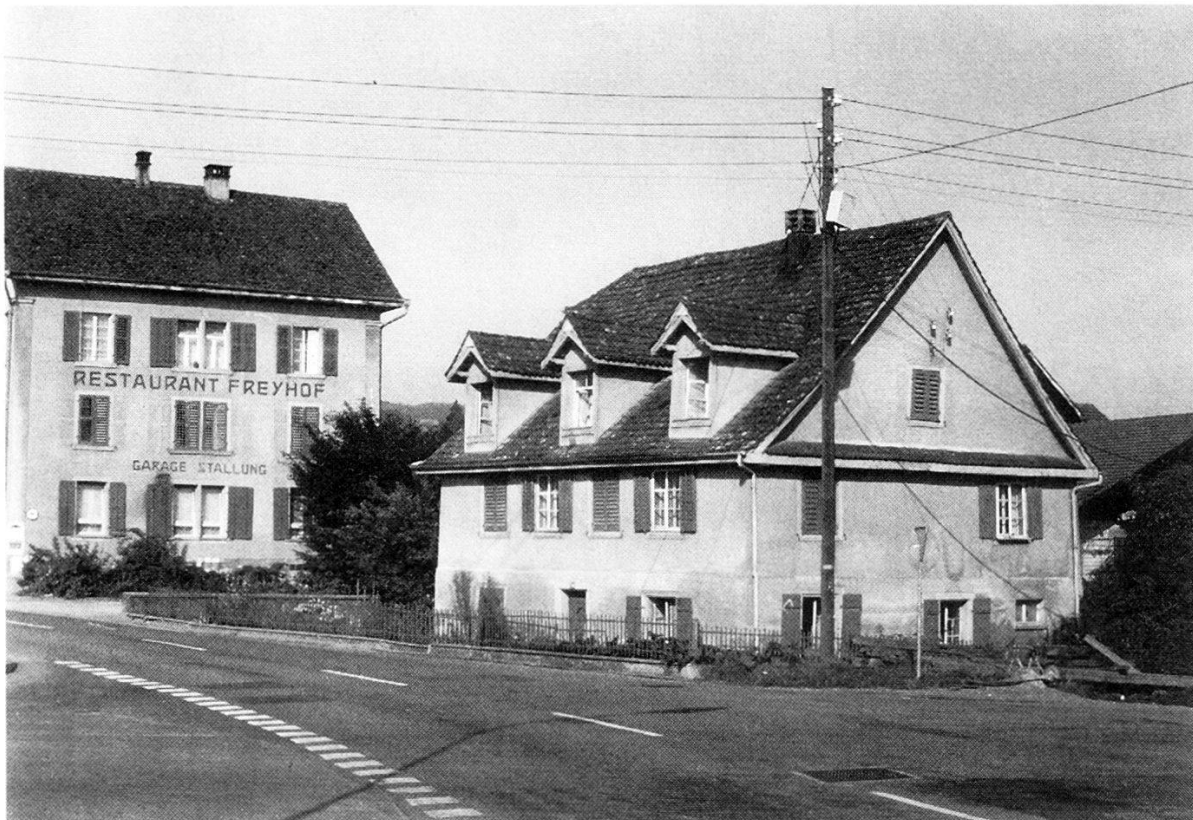
*Schulhaus Kloster um 1900*



*Die Lehrerschaft des Schulhauses Kloster 1905*



*Ehemaliges Schulhaus in Dorfhuri in der Nähe des Doppelkreuzes*



*Ehemaliges Schulhaus in Muri-Egg; heute abgerissen*

Letzten Winter hätte er zwischen 120 und 130 Kinder unterrichtet. Diese Zahl wäre noch grösser, wenn nicht viele Kinder wegen der Vorurteile der Eltern oder wegen Armut der Schule ferngeblieben wären. Schulmeister Kuchler begab sich 1800 sogar selbst nach Bern, um die Ausrichtung der ausstehenden Besoldung zu erwirken<sup>13</sup>.

1811 meldeten sich die Lehrer und die Hebammen beim Gemeinderat und verlangten die sofortige Ausrichtung ihres Gehaltes. Der Gemeinderat musste aber bekennen, dass die Gemeinderatskasse erschöpft sei. Die Besoldungen konnten darauf nur durch die Erhebung einer allgemeinen Steuer ausgerichtet werden. 1812 wurde die Besoldung endlich klar geregelt:

1. Nach alter Übung erhält der Schullehrer vom Gotteshaus Muri jährlich 100 Münzgulden.
2. Derselbe darf das dem Amt zuständige Haus und Land nebst einer halben Dorfgerechtigkeit benutzen.
3. Der Lehrer hat die von den Bruderschaften und der Pfarrkirche ihm bis anhin zugestandene Beholzung zu beziehen. Er hat dafür die Pflicht, an Sonntagen und in der Fastenzeit, wenn Christenlehre gehalten wird, die Stube zu heizen.



4. Für die übrige Beheizung der Schulstube wird ihm von den Gemeinden das nötige Holz alljährlich mit 6 gewöhnlichen Klaftern unentgeltlich zum Haus geliefert und nach Verhältnis der schulpflichtigen Kinder abgeliefert.
5. Die Gemeinden geben für Sommer, Winter- und Sonntagsschule 100 Fr.
6. Mit dieser Besoldung soll es der Vergangenheit angehören, dass jedes Kind pro Tag ein Scheit bringt oder pro Woche einen Batzen bezahlt<sup>14</sup>.

Nach dem aargauischen Schulgesetz von 1835 wurden die Gemeinden verpflichtet, die obligatorische Arbeitsschule einzuführen. Muri besass immerhin schon früher eine Art Arbeitsschule, deren Initiator Pfarrer Anselm Hediger war und der mit der Einführung der Strohindustrie als Heimarbeiter im oberen Freiamt segensreich wirkte. 1811 eröffnete er in Muri eine Arbeitsschule, mit der er Müssiggang, Bettelei, Faulheit und Untätigkeit bei den Mädchen vermeiden wollte. Neben Spinnen von Wolle, Leinen und Flachs übten sich die Mädchen auch im Nähen. Den Unterricht erteilte eine «in diesen Fächern wohlgeübte Jungfer». Für die Arbeiten, die zum Teil verkauft wurden, erhielten die Kinder eine Entschädigung, mit der sie das Familienbudget aufbessern konnten<sup>15</sup>. 1835 wurde auch in Muri die obligatorische Arbeitsschule eingeführt. So wie die Schulen auf die einzelnen Dorfteile aufgeteilt waren, geschah es auch mit der Arbeitsschule. 1838 betrug die Besoldung für die Arbeitslehrerin im Wey 30 Fr., im Dorf 35 Fr. und in der Egg 25 Fr.<sup>16</sup>. Im Dezember 1842 legte der Gemeinderat die drei Abteilungen in eine einzige zusammen und wählte als Lehrerin Frau Josepha Estermann aus der Egg.

Langsam reifte im Dorf der Gedanke, die drei Gemeindeschulen «in einem Lokal zusammenzuziehen». Die einzelnen Dorfteile waren an und für sich nicht dagegen. Der Gedanke kam auf, der Staat, in dessen Besitz das Gerichtshaus war, sollte dieses der Gemeinde unentgeltlich für ein zentrales Schulhaus abtreten. Der Staat hätte eine Rechtspflicht zu helfen, da früher die Amtsschule vom Kloster unterstützt worden sei, und der Staat sei Rechtsnachfolger des Klosters. Die politische Gemeinde Muri fasste denn auch am 25. November 1851 einen Beschluss in obigem Sinne. Die Regierung, der dieser Plan unterbreitet wurde, war damit einverstanden und legte nach längeren Verhandlungen dem Grossen Rat zwei Dekretsvorschläge vor. Im ersten war die käufliche Überlassung des Gerichtshauses nebst Umgelände für die Schulen von Muri zum Preis von 7600 Fr. für das Gerichtshaus und von 800 Fr. pro Juchart Gelände vorgesehen. Im zweiten wurde bestimmt, dass der Staat einen Flügel des alten Konvents (heute Schulhaus Kloster) der Gemeinde Muri für die Einrichtung zu einem Amts-

Gerichts- und Gemeindehaus abtrete<sup>17</sup>. Wohl waren nun die Beschlüsse gefasst, doch es geschah nichts. Erst im Januar 1857 entschloss sich die Gemeindeversammlung, das Schulhaus nicht ins Gerichtsgebäude, sondern in den Konvent zu verlegen. Darauf änderte der Grosse Rat die Dekrete von 1851 in diesem Sinne ab<sup>18</sup>. Der Umbau des Konventflügels zum neuen, alle Schulen vereinigenden Schulhaus ging zügig voran, und zu Beginn des Wintersemesters am 12. November 1857 standen die Lokalitäten für die Aufnahme der Schulen Wey und Egg bereit. Ein Jahr später wurden auch die beiden Abteilungen aus dem Dorf Muri ins neue Schulhaus Kloster verlegt. 1899/1900 wurden Veränderungen im Innern und an der Aussenfassade durchgeführt, die die für jene Zeit respektable Summe von 100 000 Fr. ausmachten<sup>19</sup>.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wollte man den Mädchen neben der Arbeitsschule auch Kenntnisse im Kochen und in den Ernährungswissenschaften vermitteln. Schon 1892 hatte Pfarrer Döbeli in der Schulpflege die Einführung einer Fortbildungsschule für die aus der Schule entlassenen Mädchen angeregt, doch hatte er damit keinen Erfolg. 1902 veranstaltete die Kulturgesellschaft des Bezirks Muri einige Kochkurse, die aber nach einem Jahr nicht mehr fortgesetzt wurden<sup>20</sup>. Erst 1930 wieder regte die Oberarbeitslehrerin an, es sei «die Einführung von hauswirtschaftlichen Kursen für die oberen Mädchenklassen vorzunehmen», was aber bei den Gemeindebehörden zu negativen Reaktionen führte, indem sie fanden, man müsse den Schülerinnen die wenige Zeit, die sie für das Elternhaus hätten, nicht auch noch wegnehmen, oder es müsse zuerst einmal den bestehenden Lehrplänen der Arbeitsschule nachgelebt werden<sup>21</sup>. 1942 endlich forderte die Erziehungsdirektion die Schulpflegen des Kantons auf, den hauswirtschaftlichen Unterricht als obligatorisches Fach auf das Wintersemester 1942/43 einzuführen. Da in Muri vorerst kein Lokal zur Verfügung stand, konnte der Unterricht erst im Winter 1944 aufgenommen werden. Die Schulküche war in der Werkstätte des ehemaligen Bürgerheims (Altersheim St. Martin) untergebracht<sup>22</sup>. Ein passendes und definitives Lokal konnte mit der Eröffnung des Schulhauses Badweihen 1954 bezogen werden.

In der Mitte des 20. Jahrhunderts mussten wegen der Zunahme der Bevölkerung und der damit verbundenen grösseren Geburtenrate in immer kürzeren Abständen neue Lehrstellen errichtet werden. 1942 hatte man im Schosse der Schulpflege über die zu hohe Schülerzahl in der Oberschule diskutiert. Der Plan war, sie in eine 6. und 7./8. Klasse zu trennen. In der Diskussion wurde jedoch die Frage gestellt, ob die Eröffnung einer Sekundarschule nicht dringender wäre<sup>23</sup>. 1948 setzte man neu an, die Sekundar-

schule wurde dringend gefordert, denn der Bezirk Muri war damals noch der einzige im Kanton ohne Sekundarschule. 1954 war es soweit, Ende April konnte die erste Sekundarschule im Bezirk Muri eröffnet werden. Ein Jahr später kam eine zweite Abteilung hinzu. Ab 1964 erfolgte die Eröffnung neuer Abteilungen Schlag auf Schlag.

Im Schuljahr 1988/89 umfasste die Gemeindeschule folgende Abteilungen:

Primarschule (1.–5. Klasse)	17
Realschule (6.–8. Klasse)	5
Sekundarschule (1.–4. Klasse)	8
Berufswahlschule	1
Werkjahr	1
Kleinklassen	3

Die steigenden Schülerzahlen und die Reduktion der Klassenbestände führten ab 1950 zu einem immer stärker werdenden Mangel an Schulraum. Die Gemeinde kam nicht darum herum, ab Mitte des Jahrhunderts eine Reihe von Schulhäusern zu bauen, deren Bausumme in die Millionen ging<sup>24</sup>.

1954 Badweiher I, 1,05 Mio. Fr.

1972 Badweiher II, 2,2 Mio. Fr.



*Oberstufenschulhaus Bachmatten*



1974 Schulpavillon in der Egg, 670 000 Fr.

1977 Bachmatten I (Oberstufenzentrum, 3 Turnhallen), 8,4 Mio. Fr.

1985 Bachmatten II (Erweiterung des Oberstufenzentrums, Neubau der Bezirksschule), 3,7 Mio. Fr.<sup>25</sup>.

## 2. Die Bezirksschule

Wohl keine der aargauischen Bezirksschulen ist unter so bewegten politischen Umständen entstanden wie die von Muri<sup>26</sup>. Eine Art Vorläuferin der Bezirksschule war die Klosterschule, die aber nicht die gleichen Ziele verfolgte. Einen ersten Impuls zur Schaffung einer Bezirksschule in Muri gab das Schulgesetz von 1835. Der spätere Abt des Klosters, Adalbert Regli, und Pater Augustin Kuhn arbeiteten 1835 einen Schulplan aus, der ein sechsklassiges Gymnasium und eine zweiklassige Realschule vorsah; damit wollte das Kloster eine Schule schaffen, die ungefähr der einer Bezirksschule entsprechen sollte. Doch der Kantonsschulrat lehnte ein entsprechendes Gesuch ab, und die Regierung teilte am 7. Oktober 1835 den negativen Beschluss der obersten Erziehungsbehörde dem Kloster mit. Damit begann der private Kampf um die Gründung einer vom Kloster unabhängigen Bezirksschule. Der damals mehrheitlich aus Liberalen und Radikalen zusammengesetzte und unter der Leitung von Dr. Joseph Weibel, dem späteren Bezirksamtman und Klosterfeind, stehende Bezirksschulrat legte den auf den 22. September 1835 nach Muri einberufenen Vertretern der Gemeinderäte des Bezirks seine Ansichten über die Notwendigkeit der Gründung einer Bezirksschule dar. Die Gemeinderäte wollten jedoch zuerst den Entscheid der Regierung in bezug auf die Klosterschule abwarten, der gute zwei Wochen später in Muri eintraf und, wie schon erwähnt, von einer Klosterschule nichts wissen wollte<sup>27</sup>.

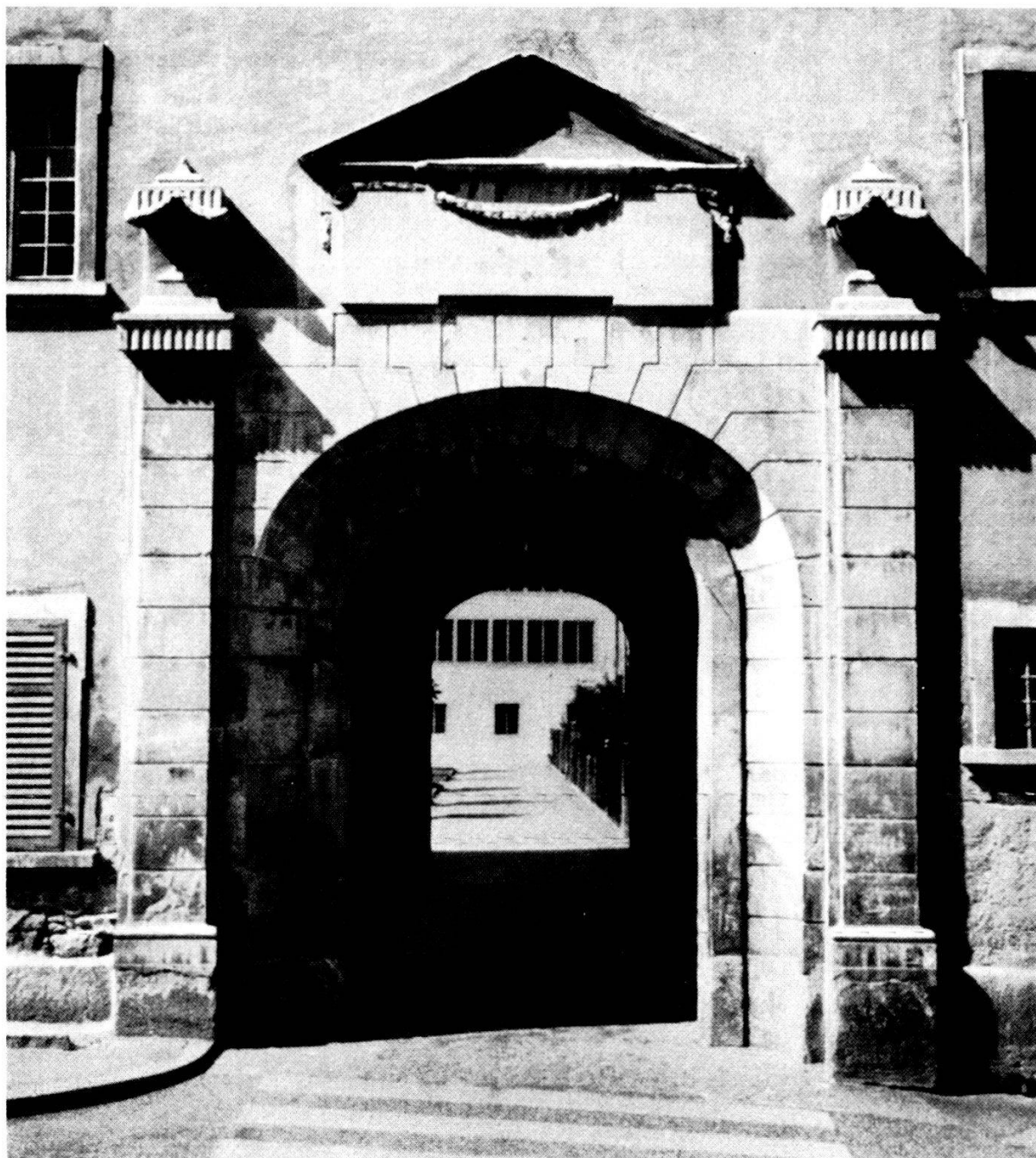
Da darauf mit einer finanziellen Unterstützung der Gemeinden für die Errichtung einer Bezirksschule nicht zu rechnen war, fanden sich einige Interessenten zusammen, die auf dem Weg von Privatsubskriptionen, wie es nach dem Gesetz möglich war, die Grundlage für die Eröffnung einer Bezirksschule schaffen wollten. Am 15. Oktober 1835 konnte Dr. Weibel nach Aarau melden, dass das Ziel erreicht sei und dass der Gründung einer Bezirksschule in Muri auf privater Basis nichts mehr im Wege stehe<sup>28</sup>. Die Regierung liess darauf die Lehrstellen ausschreiben, und der Bezirksschulrat forderte den Gemeinderat Muri auf, die nötigen Lehrer und die Mitglieder der Bezirksschulpflege zu wählen. Dieser und mit ihm die Gemeinderäte der umliegenden Gemeinden, wo die Subskribenten ansässig waren, lehnten es

aber ab, die verlangten Wahlen vorzunehmen, da ihre Gemeinden nie der Errichtung einer Bezirksschule zugestimmt hätten<sup>29</sup>. Dr. Weibel berichtete sofort dem Kantonsschulrat von der Lage der Dinge; er vermutete, das Kloster hätte seine Hände im Spiel gehabt. Er behauptete, dass das Widerstreben gegen die Errichtung einer Bezirksschule «keineswegs im bösen Willen der Gemeindebeamten liege, sondern dass hier eine alte, schwarze, mächtige Kaste im nächtlichen Hinterhalt ihren Spuk treibe, die ihre feindseligen Einwirkungen gegen besseres Lichtwerden solange nicht aufgeben wird, bis die Macht desselben dereinst den Stab über ihre Bosheit brechen wird»<sup>30</sup>. Mit der Weigerung des Gemeinderates Muri war der erste Anlauf gescheitert.

Erst die Klostersaufhebung von 1841 legte den Weg für die Gründung der Murianer Bezirksschule frei. Das Dekret des Grossen Rates vom 20. Januar 1841 über die Liquidation der Vermögen der aufgehobenen Klöster hatte in seinem § 12 bestimmt, es solle «aus diesem Vermögen an eine Bezirksschule in Muri, sobald die Errichtung einer solchen von dorthier gewünscht wird, ausser dem gesetzlichen Staatsbeitrag ein jährlicher Betrag von Fr. 2400.– geleistet werden». Der Gemeinderat Muri, der diesmal seine knauserigen Überlegungen beiseite lassen konnte, da der Staat gewillt war, die Schule unter Umständen zu übernehmen, richtete am 23. Februar 1841 an den Bezirksschulrat zuhanden der Regierung die Bitte, sie möchte so rasch als möglich in Muri eine Bezirksschule errichten<sup>31</sup>. Der Bezirksschulrat, der das Gesuch weiterleitete, schrieb dazu: «Was aber die Mittel zur Unterhaltung der Schule betrifft, so erklärt freilich der Gemeinderat, dass er sich namens der Gemeinde zu keinen Leistungen verpflichten könne, indem keine Fonds vorhanden und das Privatvermögen durch Steuern für den Armenunterhalt übermässig in Anspruch genommen sei. Wir denken aber, dass darin kein Hindernis zur sofortigen Errichtung der Schule liege»<sup>32</sup>. Mit dem Wunsch, eine Bezirksschule erstehen zu lassen, schrieb der Gemeinderat an den Kleinen Rat noch: «Nebstbei erlauben wir uns noch, Ihnen die Bemerkung zu machen, dass die Gemeinde Muri dafür keine geeignete Lokalität hat, und so stellen wir im weitem auch noch die Bitte, dass die hohe Regierung, welche gegenwärtig über die ungeheuren Räume der Klostergebäude zu verfügen hat, der armen Gemeinde Muri wohl auch die Wohltat noch erweisen möchte, die benötigte Lokalität im Kloster anzuweisen und gleichzeitig das zur Beheizung erforderliche Holz an die Hand zu geben»<sup>33</sup>.

Seminardirektor Augustin Keller unternahm es, für ein Gutachten an die Regierung im Auftrag des Kantonsschulrates die entsprechenden Berichte zu schreiben. Er war der Ansicht, die neue Bezirksschule in Muri müsse eine

in jeder Hinsicht von den dortigen Gemeindebehörden unabhängige und freie Schule sein, wenn die Anstalt gedeihen soll. «Denn wir haben die Überzeugung, dass, solange die dortigen Behörden noch unter der moralischen und sonstigen Botmässigkeit der Klosterherren stehen, schlechterdings nicht an die Möglichkeit einer gedeihlichen Bildungsanstalt im Kloster



*Südflügel des Lehmannbaus, ehemals Bezirksschule. Durchfahrt*

Muri gedacht werden könne.» Der Kantonsschulrat stellte hierauf den Antrag, es sei im Kloster Muri wieder eine Unterrichtsanstalt herzustellen.

Diese solle eine unbedingte Staatsanstalt sein. Die Gründung und der Unterhalt der Anstalt, namentlich die Besoldung der Lehrer, die Beheizung, die nötigen Anschaffungen sowie alle daherigen Einrichtungen werden aus dem Vermögen des Klosters bestritten. Die notwendigen Lokalitäten werden der Anstalt in den Gebäulichkeiten des Klosters eingeräumt. Die Anstalt zerfällt in eine humanistische und realistische Abteilung mit je 4 Klassen. Die Schule wird mit 4 Hauptlehrern und 3 Hilfslehrern bestellt.

In der Vorberatung, die der Annahme des Dekretes vom 16. Dezember 1842 im Grossen Rat vorausging, war vor allem die Wahlart der Bezirkslehrer umstritten. Eine Minderheit votierte für Wahl durch den Bezirksschulrat, allenfalls sogar durch den Gemeinderat Muri, während viele Radikale den Regierungsvorschlag, die Lehrer seien durch den Regierungsrat zu wählen, unterstützten, der dann auch durchdrang.

Das am 16. Dezember 1842 beschlossene Grossratsdekret<sup>34</sup> bezeichnet die in Muri mit Beförderung zu errichtende höhere Unterrichtsanstalt (§ 1) als «eine unbedingte Staatsanstalt», welche «ausschliesslich unter der Wirksamkeit der Staatsbehörden» stehe (§ 2) und deren Kosten «aus dem Vermögen des aufgehobenen Klosters Muri» bestritten würden (§ 3). «Die für die Anstalt erforderlichen Räumlichkeiten weist der Staat in den Klostergebäuden von Muri an» (§ 4). In der Schule, die «den Umfang einer vollständig eingerichteten Bezirksschule» haben sollte (§ 5), hatten höchstens vier Hauptlehrer und die nötige Anzahl von Hilfslehrern zu unterrichten (§ 6). Sämtliche Lehrer waren vom Kleinen Rat auf den gutächtlichen Vorschlag des Kantonsschulrates zu wählen; die Regierung wählte aus der Zahl der Hauptlehrer für eine Amtsdauer von sechs Jahren auch den Rektor (§ 7). Für die Hauptlehrer wurde ein Jahresgehalt von 1000 bis 1400 Franken, für die Hilfslehrer ein solches von höchstens 600 Franken festgesetzt, dem Rektor und dem Religionslehrer ausserdem freie Wohnung in den Klostergebäuden angewiesen (§ 8), der Besuch der Schule für alle unentgeltlich erklärt (§ 9) und die Ausrichtung von Stipendien angeordnet (§ 10). Die Schule wurde der Leitung des Rektors und der Lehrerversammlung sowie der besonderen Aufsicht der Bezirksschulpflege und der allgemeinen Schulbehörden unterstellt (§ 11). Drei der fünf Mitglieder der Bezirksschulpflege waren durch den Bezirksschulrat Muri, zwei durch den Kantonsschulrat zu wählen, der auch den Präsidenten bezeichnete (§ 12). Es wurden der Anstalt «angemessene Sammlungen von Büchern, Naturalien, mathematischen und physikalischen Apparaten übergeben» (§ 13). «Der Gottesdienst für die Anstalt wird durch den Religionslehrer in der Stiftskirche abgehalten» (§ 14). Die nähere Organisation der Anstalt sollte der Kleine Rat durch besonderes Reglement



bestimmen (§ 15), im übrigen galten aber die Bestimmungen des Schulgesetzes (§ 16)<sup>35</sup>.

Damit wurde die Bezirksschule Muri als rein staatliche Anstalt ins Leben gerufen, und zwar als Lehranstalt, die nach Augustin Keller im konservativen und rückständigen Freiamt den befreienden Geist des Fortschrittes demonstrieren sollte.

Unterdessen war am 8. Mai 1843 die Schule festlich eröffnet worden. Vertreter aus den Behörden der Gemeinden und des Kantons nahmen zuerst an einem feierlichen Gottesdienst in der Klosterkirche teil, dann ging's in den Festsaal, wo der geistige Vater der Anstalt, Augustin Keller, die Eröffnungsansprache hielt, in der es an Ausfällen gegen die vertriebenen Mönche nicht fehlte. Auch Bezirksamtmann Weibel hieb in die gleiche Kerbe. Für ihn war die neue Schule der «erste Morgenstrahl eines neuen Tages, der über dieser Gegend aufgehen und seinen Segen über sie ausgiessen wird»<sup>36</sup>.

Unter den Lehrern der ersten Generation befanden sich oft Deutsche, die wegen ihrer politischen Einstellung aus ihrer Heimat in die Schweiz geflüchtet waren. Einige blieben wegen ihrer Besonderheit über Jahrzehnte im Gedächtnis der Bevölkerung von Muri. «Es ist die Zeit des Biedermeiertums, der Lehrer ist eine Respektsperson im Gehrock und schwarzen Hut. Seinen Hochschulstudien entsprechend wird er als Herr Professor angesprochen. Gerne verweilt er in trinkfrohem Kreise, wo er in seliger Abendstimmung die alten Studentengesänge zum besten gibt»<sup>37</sup>. Das hat sich heute gründlich geändert. In der Mehrzahl waren die ersten Lehrer an der Bezirksschule Katholiken, was das Volk im Freiamt einigermaßen beruhigte, politisch standen sie jedoch ausnahmslos auf der Seite der Radikalen.

Bei der Gründung hatte der Bezirksschulrat versucht, der Gemeinde oder dem Gemeinderat Muri einige Rechte zuzuschieben. Der Kantonsschulrat wollte davon nichts wissen, und die Regierung errichtete schliesslich eine reine Staatsschule, für deren Unterhalt die Gemeinde Muri keinen roten Heller zu zahlen hatte. In diesem Vorgehen lagen bereits die Gründe, die zur Entstaatlichung auf den 1. Januar 1978 führten. Vom Staat aus gesehen fiel der Betrag, den der Kanton aufwenden musste, nachdem das Dotationsvermögen 1927 aufgebraucht war, ins Gewicht. Die andern aargauischen Gemeinden mit einer Bezirksschule empfanden es als Rechtsungleichheit, dass der Staat nur für Muri zahlte. Mit der Zeit erwachte auch in Muri Opposition, da niemand zur Schule etwas zu sagen hatte.

1909 forderte Pfarrer Koller, der Mitglied des Grossen Rates war, erstmals die Entstaatlichung der Bezirksschule Muri und die Herausgabe des Dotationskapitals. Diesem Begehren stellten sich die liberalen Vertreter im Rat

entgegen. 1923 fanden sich die Gemeindeammänner und Schulpflegemmitglieder der Einzugsgemeinden in Muri zusammen und verlangten eine Vertretung der Region in der Schulpflege, der dann die Wahl der Lehrer hätte übertragen werden sollen. Die Regierung bot jedoch nicht Hand, und es blieb alles beim alten. Bei den Beratungen für das neue Schulgesetz von 1940 wurden wiederholt Vorstösse zur Entstaatlichung der Bezirksschule Muri vorgenommen, vor allem von den Grossräten G. Kuchler und J. Rüttimann aus Muri. Was herauschaute, war § 92, Absatz 3, der lautete: «Die Verhältnisse der Bezirksschule Muri sind durch Dekret des Grossen Rates neu zu ordnen.»

Nachdem im Zeichen der Bevölkerungszunahme und der Zuwanderung die Schülerzahlen gestiegen waren, drängte sich die Notwendigkeit eines Neubaus auf, da der bauliche Zustand und die Schulzimmer im alten Hause vollkommen ungenügend waren. Die Regierung gab 1965 die Ausarbeitung eines Rechtsgutachtens in Auftrag, in dem Dr. Zimmerlin aus Aarau zur Ansicht kam, dass eine Entstaatlichung der Bezirksschule Muri ohne weiteres möglich sei und dass das Dotationskapital, da es längst aufgebraucht war, von der Gemeinde nicht gefordert werden könne. 1976 legte die Regierung dem Grossen Rat einen Entwurf zu einem Entstaatlichungsdekret vor, in dem die Maximalforderungen der Gemeinde Muri reduziert, aber doch viele Wünsche der Sitzgemeinde und der Anschlussgemeinden berücksichtigt wurden. Der Aussengemeinden deshalb, weil der Gemeinderat wünschte, dass die Trägerschaft an einen kommunalen Zweckverband übergehen sollte. Am 15. September 1976 beschloss der Grosse Rat endgültig das «Dekret über die Neuregelung der Trägerschaft der Bezirksschule Muri»<sup>38</sup>. Darin wurde der Träger der Schule, der kommunale Zweckverband, verpflichtet, innert fünf Jahren eine neue Schulanlage nach einem vom Regierungsrat zu genehmigenden Projekt zu erstellen. Der Kanton übernahm 60 % der subventionsberechtigten Kosten für Landerwerb, Bau- und Umgebungsarbeiten, die Restkosten waren gemäss Leistungsgesetz subventionsberechtigt<sup>39</sup>. 1978 stimmte die Gemeindeversammlung Muri mit neun Aussengemeinden der Gründung eines Gemeindeverbandes als neuen Träger der Schule zu. Mobiliar und Lehrmittel gingen unentgeltlich in das Eigentum des Trägers über. Die Frist von fünf Jahren konnte allerdings nicht eingehalten werden. Erst im August 1985 war das neue Bezirksschulgebäude als Teil des Oberstufenzentrums in den Bachmatten bezugsbereit.



### 3. Die Handwerkerschule 1887–1935<sup>40</sup>

In der von der Mittwochsgesellschaft Muri im Winter 1864/65 veranstalteten Vortragsreihe sprach Adam Hafter, damals Lehrer an der landwirtschaftlichen Lehranstalt, später Regierungsrat des Kantons Zürich, zum Thema «Volksbanken, Spar- und Leihkassen». Die Folge dieses Vortrages war die Gründung des Gewerbevereins Muri, der es sich zur Aufgabe machte, alles, was zur Hebung des Handwerker- und Gewerbestandes beitrug, ins Werk zu setzen. Durch das energische Wirken dieses Vereins entstanden in jedem Kreis des Bezirks Muri je eine Leih- und Sparkasse und eine Krankenkasse, in Muri dazu eine Gewerbehalle und eine Zeichnungsschule für Gewerbetreibende. Diese Zeichnungsschule wurde im Winterhalbjahr 1865/66 eröffnet, und Dr. G. W. Strauch, Rektor der Bezirksschule, erteilte den ersten Unterricht im Fach «Technisch-Zeichnen». Leider wechselten die Zeichnungslehrer in rascher Folge, doch mit der Unterstützung des Gewerbevereins Muri war das Fortbestehen der Schule gesichert.

Im Schuljahr 1871/72 erteilte Heinrich Brenner, der an der landwirtschaftlichen Lehranstalt Französisch, Mathematik, Zeichnen und Gesang unterrichtete, an der Zeichnungsschule Unterricht im Freihandzeichnen, im Technisch-Zeichnen, im Rechnen, im Vermessen, in Aufsatz und Buchführung. Das waren annähernd alle Fächer, die damals von einer subventionsberechtigten Handwerkerschule, heute unter dem Namen Gewerbeschule bekannt, verlangt wurden. So machte man in Muri den Versuch, die Zeichnungsschule in eine förmliche Handwerkerschule umzuwandeln, doch dieser erste Versuch verlief im Sande. Erst 1885, als der Bund die gewerbliche und industrielle Berufsbildung unter seinen Schutz nahm und die in Aussicht gestellten namhaften Subventionen solche Schulen begünstigten, regte die Erziehungsdirektion in Aarau die Umwandlung der gewerblichen Zeichnungsschule Muri in eine Handwerkerschule an. Allein, es mangelte in Muri vorerst an geeigneten Lehrkräften, und die vom Bund geforderte Besoldung wollte die Gemeinde nicht ausrichten<sup>41</sup>.

Nach diesem ersten Versuch erklärte sich Oberlehrer Bürgisser, der bereits Zeichnungsunterricht erteilte, bereit, die nötigen Kurse zu besuchen. Im Wintersemester 1886/87 konnte dann endlich ein geordneter Unterricht erteilt werden, so dass der Präsident der Schulpflege, Negotiant Friedrich Beck, die Erziehungsdirektion ersuchte, an die Schlussprüfung eine Delegation zu entsenden, damit sie sich vom Gang des Unterrichtes ein Bild machen konnte. Direktionssekretär Stäubli wohnte der Schlussprüfung bei. Nach seiner Rückkehr nach Aarau musste er des Lobes voll gewesen sein,

denn am 25. Juli 1887 schrieb die Erziehungsdirektion, dass der Regierungsrat beschlossen habe, «es sei der Sonntagszeichnungsschule aus dem Kredit für gewerbliche Bildungsanstalten pro 1887 eine Staatsunterstützung von 100 Fr. zu verabfolgen»<sup>42</sup>. Mit diesem Beitrag wollte die Regierung die Gemeindebehörden in Muri ermuntern, ihren Einfluss bei der Gemeinde, bei Korporationen und Privaten. in dem Sinn geltend zu machen, «dass dieselben zu den erforderlichen Opfern sich herbeilassen, damit die Zeichnungsschule mit der Zeit zu einer nach Vorschrift ausgebauten Handwerkerschule umgewandelt werden könne. In diesem Fall hätte dieselbe alljährlich auf die Unterstützung des Kantons und des Bundes zu rechnen»<sup>43</sup>.

Dazu musste man den Lehrplan erweitern, die Unterrichtszeit auf das ganze Jahr ausdehnen, die Zahl der Hauptlehrer um einen auf zwei, evtl. noch um einen Hilfslehrer vermehren, die nötigen Lehrmittel anschaffen und natürlich auch für die finanziellen Mittel sorgen. In der Sitzung der Schulpflege Muri vom 8. August 1887 sprach sich Präsident Friedrich Beck energisch für die baldige Eröffnung der Handwerkerschule aus. Die nötigen Mittel herbeizuschaffen, falle nicht schwer, da die vier Gewerbekassen im Bezirk moralisch verpflichtet seien, dieses Unternehmen zu unterstützen. Was die Gemeinde Muri anbelange, so habe «diese noch nie Opfer gescheut, wenn es sich darum handle, Verbesserungen und Vervollständigung der Unterrichtsanstalten durchzuführen»<sup>44</sup>. So beschloss die Schulpflege am Schluss ihrer Sitzung, die gewerbliche Zeichnungsschule sei in eine nach Vorschrift ausgebaut und subventionsberechtigte Handwerkerschule umzuwandeln. Am 16. Oktober 1887 war es soweit. Nachdem in den beiden Lokalblättern die jungen Handwerker zum Unterricht eingeladen worden waren, konnte die Schule in Anwesenheit der Behörden mit anfänglich 28 Schülern eröffnet werden<sup>45</sup>.

Aus dem ersten Jahresbericht geht hervor, dass die neue Schule etliche Mühe hatte und mit den üblichen Anfangsschwierigkeiten kämpfte. Bezüglich Befähigung und Vorbereitung liess die Grosszahl der Schüler noch viel zu wünschen übrig. «Einige Schüler, denen es an den nötigen Lehrmitteln und wohl auch am erforderlichen Eifer fehlte, blieben allmählig vom Unterricht weg, so dass die Zahl auf 24 zurückging»<sup>46</sup>. Wahrscheinlich hat es auch nicht allen Schülern gepasst, dass der Unterricht ausschliesslich am Sonntag erteilt wurde, und zwar vorerst von 9–11 Uhr vormittags und von 2–4 Uhr nachmittags. Wenn man bedenkt, dass es damals noch keine Fünftageweche gab, dass man am Samstag bis am Abend arbeitete und dass der Besuch des sonntäglichen Gottesdienstes selbstverständlich war, so muss man die Schüler, die durchhielten, bestaunen.

Die Jahrhundertwende brachte drei Ereignisse, die den Unterricht wesentlich beeinflussten. Das eine war der Rücktritt von Unterpfarrer Richard Huber, der seit der Gründung der Schule als Nichtfachmann gewerbliches Zeichnen erteilt hatte. In den Inspektionsberichten hat er immer wieder Komplimente für die lebhaftige Gestaltung seines Unterrichtes erhalten. Das zweite Ereignis, das der Schule ebenfalls nicht förderlich war, bestand im Umbau des Schulhauses Kloster zu jener Zeit; dadurch «entstanden Störungen, welche das Resultat der Arbeitsleistungen in verschiedener Hinsicht beeinflussten». Neben dem Negativen gab es auch etwas Positives. Die hiesigen Schneiderinnen wünschten nämlich, dass ihre Lehrtöchter, die später die Lehrlingsprüfung zu bestehen hatten, ebenfalls zum Besuch der Handwerkerschule zugelassen wurden. Die Kommission war bereit, einen Versuch zu wagen, «sollten aber irgendwie Anstände oder Ungebührlichkeiten sich zeigen, sollen die Töchter von der Schule wieder ausgeschlossen werden»<sup>47</sup>.

Nach dem Tode von Schulpflegepräsident Friedrich Beck im April 1900, ohne dessen Initiative die Handwerkerschule nie entstanden wäre, ging es bergab. 1907 schrieb der eidgenössische Experte: «Die Frequenz der Handwerkerschule ist jetzt auf einem Punkt angelangt, der die Schulkommission veranlassen sollte, die nötigen Schritte einzuleiten, um der Schule wieder mehr Leben zuzuführen»<sup>48</sup>. Der kantonale Experte doppelte nach: «Das Gesamtergebnis in den Zeichenfächern ist gegenüber dem Vorjahre merklich zurückgegangen. Es betrifft dies hauptsächlich das Freihandzeichnen, aber auch die übrigen Arbeiten sind in Bezug auf technische Darstellung, Sauberkeit der Ausführung und Stil grösstenteils zu bemängeln.» Vor allem war es die knappe Unterrichtszeit, die positive Resultate ausschloss. 1914 schrieb ein Experte: «Schulpflege und Kommission sehen ein, dass mit fünf Stunden Unterricht unmöglich ein befriedigendes Resultat erreicht werden kann. Die Handwerksmeister wollen aber auch von einer Vermehrung der Stunden nichts wissen»<sup>49</sup>. Dazu kam eine prekäre finanzielle Situation, da die auswärtigen Gemeinden kein Schulgeld zahlen wollten.

Nachdem 1921 ein neues Lehrlingsgesetz angenommen und das Obligatorium des Schulbesuches eingeführt worden war, wuchs die Schülerzahl beträchtlich, so dass sich der Gemeinderat genötigt sah, eine neue Handwerkerschulkommission zu bilden, der die Neuorganisation der Schule aufgetragen war. Es stellte sich die Frage, ob man die Schule in Muri weiter ausbauen wolle oder ob man im Oberamt, in Sins, eine neue Schule gründen solle. Der kantonale Inspektor vertrat die Ansicht, es sei besser, wenn in Zukunft die Handwerkerschulen konzentriert würden<sup>50</sup>. Als 1932 Lehrer

Kalt, seit 1906 an der Schule tätig, zurücktrat, überdachte man das ganze System der Handwerkerschule wieder einmal gründlich. Ein Mitglied der Schulkommission gab zu verstehen, es wäre sinnvoller, die einzelnen Schüler Berufsklassen zuzuweisen; Muri müsse sich wahrscheinlich mit der Zeit damit abfinden, Lehrlinge an die Gewerbeschule in Wohlen zu schicken<sup>51</sup>. Niemand ahnte, dass es bald soweit sein würde, denn die Erziehungsdirektion hatte im Sinne, reine Berufsklassen mit acht Schülern im Minimum zu bilden. Den Kanton wollte man in acht Kreise einteilen, die Schüler der Bezirke Bremgarten und Muri Wohlen zuweisen. Die verschiedensten Vorschläge wurden gemacht, um die Schule in Muri zu retten, doch gegen die beabsichtigte Zentralisation war nichts mehr anzubringen, denn sie hatte den Vorteil, dass die Schüler in Berufsklassen oder Berufsgruppenklassen unterrichtet werden konnten. So ging die Handwerkerschule im Frühling 1935 ein<sup>52</sup>. Die Aufhebung sah man als eine Anpassung des gewerblichen Berufsschulwesens an die Bundesvorschriften im Sinne einer Berufsklassenbildung an. Mit dem zentralisierten Unterricht an grösseren Orten war es möglich, die Leistungsfähigkeit der Schulen zu steigern, und das gereichte schliesslich den Schülern zum Vorteil.

#### 4. Das Spracheninstitut und das Erziehungsheim der Gebrüder Keusch 1899–1909

Die Gebrüder Andreas Keusch und Pfarrer Joseph Alois Keusch<sup>54</sup>, die in Hermetschwil eine Waisenanstalt führten, hatten erkannt, dass sich die Gebäude des ehemaligen Klosters Muri für ihre Anstalt oder für andere Zwecke eignen würden. Deshalb verhandelten sie 1889 nach dem Klosterbrand mit der aargauischen Regierung und waren bereit, für den ausgebrannten Ostflügel 150 000 Fr. zu zahlen. Doch kam es vorläufig nicht dazu, «denn die Rücksicht auf die Bevölkerung von Muri, welche damals ein industrielles Institut und keine Anstalt wünschte, veranlasste uns, davon zurückzustehen»<sup>55</sup>. Die Klosterruine ging damals in die Hände von Ingenieur J. Bächli aus Suhr und weiteren Käufern über. Diese verkauften die Gebäude 1898 einem Georg Maulbetsch aus Gettelfingen im Königreich Württemberg, der darin eine Bierbrauerei errichten wollte. Als aber Maulbetsch seinen Verpflichtungen nachkommen sollte, verschwand er auf Nimmerwiedersehen nach Amerika. An der konkursamtlichen Steigerung vom 28. März 1899 erwarben dann die Gebrüder Keusch den ausgebrannten Ostflügel für 70 000 Fr. Sofort begannen sie mit dem Ausbau, um darin die von ihnen vorgesehenen Anstalten errichten zu können, nämlich eine Art



Bezirksspital, Asyl oder Pflegeanstalt, dann die Verlegung der Rettungsanstalt Hermetschwil und schliesslich die Eröffnung eines Spracheninstitutes<sup>56</sup>. Mit viel Mühe und finanziellen Opfern, wobei ihnen hilfsbereite Menschen zur Seite standen, machten sie dem kläglichen Zustand, den die Brandruine bis anhin bot, ein Ende. Der Widerstände waren viele, gegen welche die Gebrüder Keusch zu kämpfen hatten. Neider stellten sich ein. Architekt Hanauer aus Luzern und Baumeister Jakob Frey aus Muri klagten bei der Regierung, dass leichtfertig und gefährlich gebaut würde. Expertisen folgten sich Schlag auf Schlag, der Befund der meisten Experten ging aber dahin, «dass der Einbau ganz solid sei, praktisch und gut, es sei nicht alles nach den Regeln der Kunst, wohl aber für die vorgesehene Anstalt in jeder Beziehung Garantie bietend»<sup>57</sup>. In verschiedenen Versammlungen von Behördevertretern, Ärzten usw. versuchten die Gebrüder Keusch in Erfahrung zu bringen, für welchen Zweck das Kloster nutzbringend zur Verwendung gestellt werden sollte. Doch niemand interessierte sich ernstlich dafür. Allgemein herrschte die Meinung vor, die Regierung solle das Kloster wieder kaufen und ein Altersasyl daraus machen, wie es vor dem Brand bestanden hatte. So mussten sie selber entscheiden, was mit dem Bau geschehen sollte. Joseph Reber<sup>58</sup>, später Zeichnungslehrer an der Bezirksschule Muri, der an der Privatwaisenanstalt in Hermetschwil unterrichtete, vertrat die Ansicht, der auch Pfarrer J. A. Keusch beipflichtete, dass ein *Spracheninstitut* Aussicht auf Erfolg hätte. Auf ein Gesuch erteilte der Regierungsrat 1900 die Bewilligung unter gewissen Bedingungen, so etwa, dass die Privatanstalt keine Angehörigen kirchlicher Orden oder ordensähnlicher Kongregationen als Lehrer beschäftige<sup>59</sup>. Am 16. Oktober 1900, am Gallustag, wurde darauf im Mittelbau das Spracheninstitut mit 12 Zöglingen eröffnet, die meist französischer oder italienischer Zunge waren und denen die deutsche Sprache vermittelt werden sollte. Im Schuljahr 1901/02 wurde die Privatanstalt in zwei Abteilungen aufgeteilt, nämlich in einen französisch-italienischen Vorkurs, dessen Hauptzweck die Vermittlung der deutschen Sprache war, und in eine Realschule, die Bezirksschul-Niveau aufweisen sollte und an der drei Hauptlehrer und ein externer Hilfslehrer moderne Sprachen (Französisch, Italienisch, Englisch, Spanisch) sowie jene Fächer unterrichteten, die auf den Handel, den Zoll-, Telegraphen-, Post- und Eisenbahndienst vorbereiteten<sup>60</sup>. 1903 ging das Spracheninstitut aus finanziellen Gründen an den damaligen Vorsteher Joseph Reber über, der es aus dem Kloster auslogierte, in ein besonderes Gebäude verlegte und das Knabenpensionat weiterführte. Im letzten Schuljahr 1906/07 zählte das Institut noch 14 Zöglinge (6 Schweizer,

5 Italiener, 3 Franzosen), die vom Institutsvorsteher und einem Lehrer unterrichtet wurden<sup>61</sup>. Ab 1907 liegen keine Berichte mehr vor, das Institut muss demnach damals eingegangen sein.

1878 hatten die Gebrüder Keusch im ehemaligen Kloster Hermetschwil eine *Privatwaisenanstalt* errichtet und mit 18 Zöglingen eröffnet. 1879 zählte die Anstalt 20 Knaben und 6 Mädchen, die unter unmittelbarer häuslicher Leitung einer Lehrschwester standen. Die Kinder besuchten die Gemeindeschule in Staffeln<sup>62</sup>. Da im Herbst 1904 die Schwestern, die den Haushalt besorgten, vom Mutterhaus wegen Mangel an Nachwuchs zurückgerufen wurden, entschlossen sich die Gebrüder Keusch aus ökonomischen und finanziellen Gründen, namentlich um Ersparnisse im Dienstpersonal, in der Heizung usw. zu erzielen, die Zöglinge von Hermetschwil nach Muri zu nehmen. Für diese Verlegung hatten sie allerdings keine Bewilligung. Ihr Aufseher war Fritz Tschudi, Schneider, selbst ehemaliger Zögling. Die Waisen wurden im Nordflügel untergebracht, getrennt von den Studenten des Knabeninstitutes und den Insassen des im südlichen Teil errichteten Altersasyls. Fräulein Emilie Freiderich, die das aargauische Lehrpatent besass, «führte die Schule mit bestimmtem Ziel, Fachkenntnis und Geschick weiter»<sup>63</sup>. Nach einem Bericht von Erziehungsrat Niggli, der 1906 die Schule inspizierte, hatten die Gebrüder Keusch die Absicht, die Liegenschaft in Hermetschwil zu verkaufen und das Erziehungsheim ganz nach Muri zu verlegen. Dieses sei eine Art Rettungsanstalt, in der zum Teil vernachlässigte und verwahrloste Kinder einen regelmässigen Unterricht erhielten<sup>64</sup>. «Charakteristisch ist, dass für einen verhältnismässig grossen Prozentsatz von Zöglingen wegen Diebstahls Aufnahme in die Anstalt begehrt werden muss; ihr Betragen lässt dementsprechend zu wünschen übrig»<sup>65</sup>. Erst 1907 ersuchten die Gebrüder Keusch, einer Aufforderung des Erziehungsrates nachkommend, um die nachträgliche Bewilligung zur bereits stattgefundenen Verlegung der Anstalt nach Muri<sup>66</sup>. Sie wurde ihnen darauf unter gewissen Bedingungen gewährt. Die Privatilehranstalt durfte keine Angehörigen irgendwelcher kirchlicher Orden als Lehrer anstellen; der Staat übernahm keine Verpflichtung, die Zöglinge in die Bezirksschule aufzunehmen; Ordensschwestern durften nur im Haushalt wirken.

Nachdem der Kaufvertrag für die Errichtung einer neuen Pflegeanstalt, wie es sich die Gebrüder Keusch immer gewünscht hatten, mit dem Vorstand der kantonalen Gemeinnützigen Gesellschaft am 1. Juni 1909 unterzeichnet worden war, verliess die Erziehungsanstalt die Klosterräumlichkeiten und kehrte nach Hermetschwil zurück. Lehrerin E. Freiderich vertauschte «ihr so segensreiches, eine lange Reihe von Jahren bebautes Arbeitsfeld mit

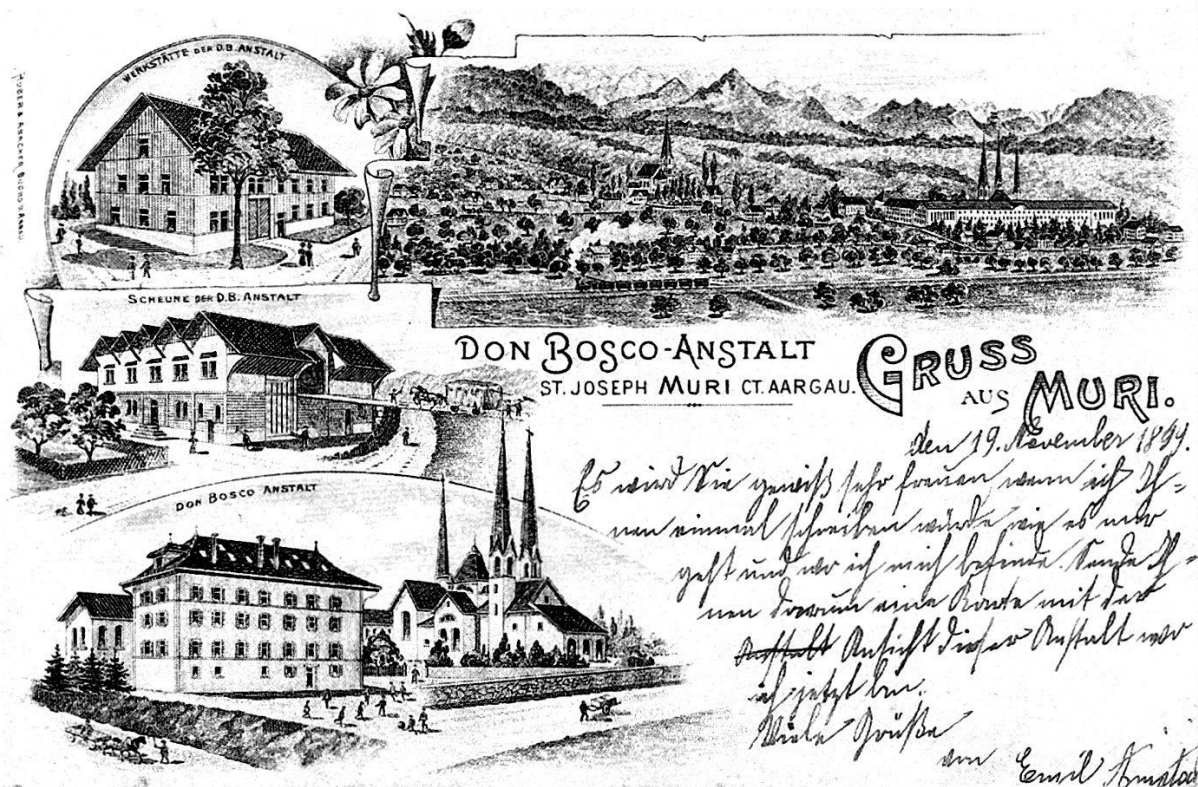


einem leichteren und weniger verantwortungsvollern an der Gemeindegemeinschaft in Wettingen»<sup>67</sup>.

## 5. Die Don Bosco-Anstalt 1896–1904

Die Schwestern A.M. Agatha (1864–1931) und Elisabeth Cäcilia Frei (1866–1934), alt Klostermüllers, aus DorfMuri, hatten sich vorgenommen, «aus einer gottseligen oder anderen Absicht eine Erziehungsanstalt zu gründen»<sup>68</sup>. Da ihre Kräfte dazu nicht ausreichten, suchten sie jemanden, der sie unterstützte und das beabsichtigte Werk realisierte. Zufälligerweise hatten damals die Salesianer<sup>69</sup> im Sinne, eine Niederlassung auf deutschem Boden zu gründen. Die Schwestern Frei wandten sich, wahrscheinlich auf den Rat von Pfarrer Döbeli, an das Mutterhaus der Salesianer in Turin, und diese waren bereit, in Muri eine Erziehungsanstalt und Handwerkerschule einzurichten. Zu diesem Zwecke kauften die Schwestern Frei im März 1896 im Namen von Don Michael Rua, der der Nachfolger von Don Bosco war, und dessen bevollmächtigtem Vertreter Don Celestin Durendo von den Ortsbürgergemeinden Wey und DorfMuri einen Teil der 1845 vom Staat gegründeten und 1876 eingegangenen Armenanstalt zum Preis von 65 000 Fr. Zu dieser gehörten das ehemalige Weiberhaus des Klosters Muri, auch «Weisses Haus» genannt, das 1949 abgerissen wurde und an dessen Stelle das heutige Ökonomiegebäude des Pflegeheims steht, ferner ein Wohnhaus mit Bäckerei (ehemalige Bäckerei Hediger), eine Scheune und 250 Aren Baumgarten und Mattland. Dazu kamen 650 Aren Kapffeld, 70 Aren Bleichezopf und 20 Aren Garten und Hofraum<sup>70</sup>.

Nach Plänen von Architekt Wilhelm Hanauer aus Luzern wurde die Armenanstalt umgebaut, die Armenscheune abgerissen und an anderer Stelle wieder aufgebaut (heutiges Feuerwehrlokal) und in Werkstätten umgewandelt. Zum Betrieb der Landwirtschaft erstellte man ein neues Ökonomiegebäude und besetzte die Stallungen mit dem nötigen Viehbestand. Um für diese Bauarbeiten das nötige Geld zusammenzubringen, hängten sich die Schwestern Frei den Bettelsack um und gingen für ihr gottgefälliges Leben auf Einzug. Als später der Direktor der Anstalt, Eugen Méderlet<sup>71</sup>, nicht nach der Geige der Schwestern Frei tanzen wollte, gab es Streit, und diese mussten die Anstalt verlassen. Es scheint, dass man die finanzielle Seite nicht genug überdacht hatte, denn Direktor Méderlet erklärte späteren Vertretern des Erziehungsrates, die die Anstalt besuchten: «Wir haben einige hunderttausend Franken Schulden, die Schwestern Frei haben die Sache zu grossartig angegangen, und jetzt sitzen wir in der Patsche»<sup>72</sup>.



Ehemalige Don Bosco-Anstalt 1896–1904

Die Anstalt konnte am 8. Dezember 1897 mit sechs Zöglingen und zwei Meistern eröffnet werden<sup>73</sup>. Ihr offizieller Name war «Don Bosco-Anstalt zum hl. Joseph in Muri». Für die Abhaltung des Gottesdienstes errichtete man vorläufig eine Hauskapelle in einem Saale; sie erwies sich aber bald als ungenügend, und man dachte daran, eine eigene Anstaltskirche zu bauen, doch dazu fehlte vorderhand das Geld. Dank dem Entgegenkommen der Pfarrgemeinde Muri wurde der Anstalt die nahe Klosterkirche zur Verfügung gestellt und am 24. Mai 1900, am Fest «Maria Hilfe der Christen», dem Hauptfest der Salesianer, feierlich bezogen<sup>74</sup>.

Der Zweck der Anstalt war, «der Elementarschule entlassene Knaben aufzunehmen, um ihnen eine gute christliche Erziehung und Berufsbildung zu geben, indem sie nach Wunsch oder Fähigkeiten, theoretisch und praktisch, entweder zu Landarbeitern oder zu tüchtigen Handwerkern herangezogen werden. Bei der Aufnahme werden in erster Linie arme und verlassene Knaben berücksichtigt»<sup>75</sup>.

1901 bestand das Personal der Anstalt aus folgenden Personen: Eugen Méderlet aus Metz, Direktor; Alois Prieri aus Piemont, Präfekt; Karl Lichtenstein aus Estavayer, Katechet; daneben die Professoren Eduard Goldmann aus Basel; Joseph Hospenthal aus Arth (Zeichnen); G. Rossi (Musik und Gesang). Dazu kamen die Werkmeister Wilhelm Hausherr von Rotten-



*Scheunenbau für die Don Bosco-Anstalt*

schwil (Schneiderei); Peter Caspar von Lieli LU (Schusterei); Jakob Burkart von Merenschwand (Buchbinderei); L. Klethi aus Fischweiler im Elsass (Buchdruckerei); E. Hässler aus dem Badischen (Schreinerei); Balthasar Villiger aus Merenschwand (Schlosserei), und Wilhelm Kappeler aus Dusing (Landwirtschaft). Sämtliche Werkmeister waren verheiratet und wohnten mit ihren Familien im Dorfe. Die Hauswirtschaft führten sieben Schwestern, die dem Maria-Hilf-Orden angehörten (1 Polin, 1 Deutsche und 5 Italienerinnen)<sup>76</sup>.

1900 verzeichnete die Anstalt 9 Schneider-, 6 Schuster-, 7 Sattler-, 2 Buchdrucker-, 11 Schreiner-, 11 Schlosser- und 3 Mechanikerlehrlinge; dazu kamen zwei angehende Landwirte<sup>77</sup>.

Die Ausbildung junger Menschen zu tüchtigen Handwerkern schien dem kantonalen Handwerker- und Gewerbeverband nicht unbedingt zu passen, er witterte Konkurrenz und beschloss, die Schule sei durch unparteiische



*Lehrer und Schüler der Don Bosco-Anstalt um 1900*

Männer zu inspizieren<sup>78</sup>. Auch der Erziehungsrat ordnete 1902 zwei seiner Mitglieder ab, es waren J. V. Hürbin, Direktor der Strafanstalt in Lenzburg, und Bezirkslehrer E. Niggli aus Zofingen. Ihr Bericht über die Anstalt war des Lobes voll, indem sie bemerkten, 1901 hätten an der Lehrlingsprüfung in Aarau 15 Zöglinge das Diplom erworben, 2 die silberne und 6 die bronzene



Medaille; die Werkstätten und die Landwirtschaft würden gut geführt, die oberste Leitung liege in tüchtigen Händen<sup>79</sup>.

Die Anstalt hatte allerdings keinen langen Bestand. Am 15. September 1904 richtete Direktor Méderlet ein Schreiben an die Mitarbeiter, Freunde und Gönner, in dem er u. a. ausführte: «Im Jahre 1897 haben wir die Anstalt in Muri eröffnet als die erste salesianische Anstalt in der deutschen Schweiz. Wir traten damals für die verhältnismässig kleine Anstalt eine Schuldenlast von 400 000 Franken an, wie es in keiner der über 500 salesianischen Anstalten der Fall war. Unter dieser drückenden Schuldenlast hatten wir schwer zu leiden. Mehr als die Hälfte dieser Schuld ist heute getilgt. Das Aufbringen der Zinsen und die allmähliche Amortisation der Schuld nötigte uns aber, Zeit und Sorge in einem solchen Masse der finanziellen Seite der Anstalt zu widmen, dass das innere Leben derselben einigermaßen darunter leiden musste. Dazu kam der Umstand, dass eine solche Anstalt in den schweizerischen Verhältnissen und speziell auch im Freiamt nicht den gehofften Boden fand. Einerseits zeigte sich die Notwendigkeit einer solchen Anstalt als weniger dringend, andererseits war für einen grossen Gewerbebetrieb das Absatzgebiet in Muri zu klein. Eine sehr eingehende wiederholte Untersuchung, welche auf Anordnung der Regierung des Kts. Aargau im Laufe der letzten 2 Jahre stattfand, gab uns Kenntnis, dass wir auch von Seite der Staatsbehörden nicht gerade festen Boden hatten und riskieren mussten, einmal als Kongregation aus der Schweiz ausgewiesen zu werden.»

In einem Brief an den Ordensobern schrieb Direktor Méderlet zudem, dass einflussreiche Männer, die ihm ohne weiteres aus der Verlegenheit hätten helfen können, es vorgezogen hätten, gegen die Anstalt zu agieren, so Pfarrer Joseph Koller, der bei jeder Gelegenheit erklärt habe, die Salesianer seien in Muri nicht nötig, man könne es auch ohne sie machen. Ebenfalls seien der Unterpfarrer (Geistlicher der Klosterkirche) und der Bezirksamtman keine Freunde der Anstalt gewesen. Dazu kam, dass der ehemalige Meister der Landwirtschaft und der ehemalige Werkmeister der Schreinerei, die bestimmter Gründe wegen entlassen worden waren, aus Rache Verleumdungen über unsittliches Verhalten einiger Zöglinge ausstreuten. Einer von ihnen, ein gewisser Mlynarski, wurde verdächtigt, ein Kind des Schreiners verführt zu haben und kam deswegen in Untersuchungshaft. Fürsprech Dr. Kaspar Melliger aus Zürich, der seine Verteidigung übernahm, berichtete aber, dass die Angelegenheit nicht schwerwiegend sei und dass der Angeeschuldigte bald wieder frei sein werde<sup>80</sup>.

Das Werkstattgebäude, die Scheune, den Baumgarten, das Kapffeld und den Bleichezopf erwarben die Gebrüder Gabler von Rain in Muri<sup>81</sup>. Die

übrigen Gebäude blieben bis 1910 ungenutzt, die Gemeinde Muri, der sie angetragen wurden, bekundete keine grosse Sympathie für den Ankauf. Sie war der Ansicht, die Gebäude würden nur Kosten bringen. Im September 1910 kaufte Metzger Jean Villiger, der Gründer des Elektrizitätswerkes, die Anstaltsgebäude für 40 000 Fr. 1912 entstand darin das neue Hotel Löwen, nachdem Villiger das ehehafte Tavernenrecht erworben hatte. 1918, als der Aargau eine kantonale landwirtschaftliche Haushaltungsschule für Bauern-töchter einrichten wollte, trug Villiger das Hotel Löwen zu einem Preis weit unter 250 000 Fr. an, jedoch ohne Erfolg<sup>82</sup>.